

Deutschland hat sich zur Servicewüste entwickelt, und das ist kein Wunder. Das ist die kulturelle Armut, die Endzivilisierung, die die Entfesselung des neoliberalen Wahns mit sich bringt.

Das gilt übrigens nicht für diesen Landtag und seine Verwaltung, wenn Sie mir die kleine Abschweifung gestatten. Hier haben wir eine Serviceoase mit ungemein kompetenten, freundlichen und hilfsbereiten Angestellten.

(Beifall von der LINKEN)

Auch auf denen lastet der sogenannte neoliberale Druck. Wir haben das schon festgestellt. Wenn Sie das hohe Niveau und die herausragende Qualität der Arbeit dieser Kolleginnen und Kollegen erhalten wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann müssen deren Tarifverträge und Arbeitsbedingungen wieder verbessert werden, gerade im unteren und mittleren Einkommensbereich.

Mit unserem vorliegenden Antrag schlagen wir Linken die Einführung einer vernünftigen Arbeitszeitregelung und eine Regulierung der Arbeitszeiten vor, die die Lage der Beschäftigten im Lebensmitteleinzelhandel, aber auch die Lage der kleinen Selbstständigen und letztlich auch diejenige der Menschen in ihrer Eigenschaft als Konsumentinnen und Konsumenten wieder bessern wird. Und dazu gehören natürlich auch effiziente Kontrollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen insbesondere von SPD und Grünen, ich kann an dieser Stelle nur an Sie appellieren: Bringen Sie mit uns gemeinsam die Verbesserungen auf den Weg. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Aggelidis. – Für die Fraktion der CDU spricht Herr Abgeordneter Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon unglaublich. Bereits im Januar haben wir uns mit diesem Thema im Wirtschaftsausschuss beschäftigt. Jetzt haben wir Februar. Wir werden natürlich, wie es guter Brauch ist, der Überweisung an den Ausschuss zustimmen. Dann haben wir es demnächst wieder im Wirtschaftsausschuss. Immer und immer wieder dieses Thema, gerade von den Linken vorgebracht! Das ist ja auch okay. Ein bisschen Klassenkampf tut um diese Uhrzeit ja gut.

(Beifall von der LINKEN)

Es ist schön, dass Sie versuchen, einige neue Aspekte einzuführen, nämlich zum einen das Thema „Arbeitszeit“. Wir haben – darauf haben Sie zu Recht hingewiesen – ein Arbeitszeitgesetz. In Ihrem Antrag schreiben Sie, dass Sie die Arbeitszeit ändern wollen. Das ist falsch. Sie wollen, Herr Aggeli-

dis – gucken Sie sich das noch einmal genau an –, die Öffnungszeiten ändern. Das ist ein himmelweiter Unterschied.

Ein Blick ins Arbeitszeitgesetz zeigt Ihnen: In der Regel darf acht Stunden pro Tag gearbeitet werden, in Ausnahmen zehn Stunden. Wenn Sie das mit diesem Antrag verfolgen, dann sollten Sie beantragen, dass die Öffnungszeit im Einzelhandel montags bis freitags auf 8 bis 16 Uhr begrenzt wird, denn dann ist die Regelung des Arbeitszeitgesetzes eingehalten.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden!)

Ein zweiter, neuer Aspekt ist die Eindämmung der prekären Beschäftigungsverhältnisse. Auch da ist Ihr Antrag völlig fehl am Platze. Sie wollen die tägliche Arbeitszeit, natürlich auch am Wochenende, um zwei bis vier Stunden reduzieren.

(Beifall von der LINKEN)

Damit verringern Sie den Bedarf an Arbeitskraft und natürlich auch die Anzahl der prekären Arbeitsverhältnisse, weil – das ist klar – weniger Bedarf besteht. Aber das ist doch nicht Ihr Ziel. Sie wollen gute Arbeit fördern, um in diesem Jargon zu bleiben. Auch da ist dieser Antrag fehl am Platze.

Ich bin guter Dinge, dass in dem von der Landesregierung zugesagten Evaluationsprozess das Richtige herauskommt. Nach unserer Überzeugung haben wir im Moment eine gute Regelung. Aber darüber können wir streiten. Das werden wir da machen, wo es hingehört, nämlich im Ausschuss. Kurz vor der Sommerpause wird es soweit sein.

Wir unterstützen natürlich die Überweisung des Antrags an die zuständigen Ausschüsse. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kamieth. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum 153sten Mal Ladenöffnungsgesetz.

(Dietmar Brockes [FDP]: An mir liegt es nicht!)

– An Ihnen liegt es diesmal nicht. –

Bei aller persönlichen Sympathie für die Inhalte dieses Antrages: Es ist alles gesagt worden. Im September 2010 im Plenum, in den anschließenden Wirtschaftsausschusssitzungen – der Kollege Kamieth hat es dargestellt – hat Minister Voigtsberger deutlich gemacht, dass er bis zum Sommer einen Bericht vorlegen wird. Auf Grundlage dieses Be-